

# Evangelische Verantwortung

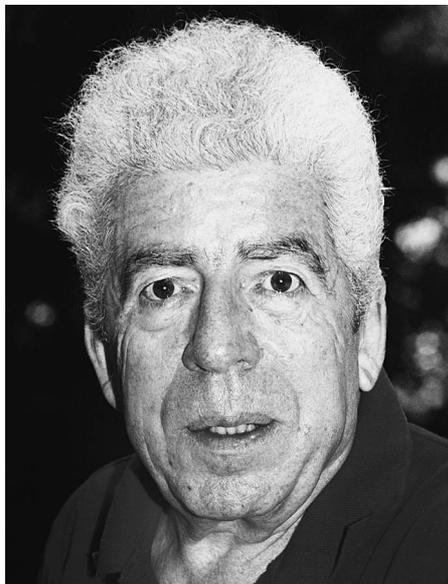
## Die Volkskirche auf dem Weg in ihre Zukunft Zum neuen Evangelisationspapier der EKD

Klaus Baschang

Auf den kirchlichen Tagesordnungen rücken die Bemühungen darum, Menschen neu oder wieder für den christlichen Glauben zu gewinnen, deutlich nach vorne. Jüngstes Beispiel ist das Heft 68 in der vom Kirchenamt der EKD herausgegebenen Reihe „EKD-Texte“ mit dem Titel „Das Evangelium unter die Leute bringen. Zum missionarischen Dienst der Kirche in unserem Land“. Es ist eine Weiterführung und Festigung der Impulse, die 1999 von der EKD-Synode in Leipzig ausgingen.

Diese hatte – nach vorausgegangenem einstimmigem (!) Beschluss – das Schwerpunktthema „Reden von Gott in der Welt – Der missionarische Auftrag der Kirche an der Schwelle zum 3. Jahrtausend“ behandelt. In seinem Hauptreferat dazu hatte **Eberhard Jüngel** **Evangelisation und Mission als „Herzschlag“ und „Atem“** der Kirche bezeichnet, also als Äußerungen kirchlichen Lebens, ohne die die Kirche schlicht nicht leben kann.

Innerhalb weniger Jahre ist es gelungen, von Mission und Evangelisation wieder mit größerer Unbefangenheit zu reden und lange währende „Selbstverschämung“ in diesem zentralen Auftrag der Kirche zu überwinden. Eine neue Orientierung kirchlicher Arbeit scheint sich anzubahnen.



**Oberkirchenrat i.R. Klaus Baschang:** „Es ist höchste Zeit, in unseren Großstädten deutlich erkennbare Missionsstationen für die vielen ausländischen (und auch deutschen!) Nichtchristen unter uns einzurichten.“

Neue Orientierung am  
evangelistischen Auftrag

Was sind die Gründe dafür? Die **Kirchenaustritte** allein sind es nicht! Die neue Orientierung hatte eingesetzt, als der Höhepunkt der Austritte bereits deutlich überwunden war. Stärker war wohl die Herausforderung durch die **zunehmende Zahl neuer religiöser Grup-**

**pen.** Zwar blieben und bleiben viele ihrer Anhänger weiterhin Kirchenmitglieder, aber ihr Herz und ihr Kopf gingen verloren und müssen zurück gewonnen werden. Einen großen Anteil an der **Entwicklung neuer Strategien der Werbung für den Glauben** haben nicht-theologische Laien aus der Marketing-Praxis oder -Wissenschaft; das Evangelische München-Programm – aus einem Gratisprojekt von McKinsey hervorgegangen – ist das am meisten bekannte Beispiel dafür. Die Marketing-Leute fragen: Was ist der spezifische Auftrag der Kirche und wie wird die Kirchenorganisation darauf ausgerichtet, diesen Auftrag wirksam wahrzunehmen? Zwar gibt es nach wie vor beschämend viele Missverständnisse und auch üble Unterstellungen auf Theologenseite, aber zumindest der Fragestellung kann sich niemand mehr entziehen. Auf der breiten Skala kirchlicher Milieubildungen steht gleichsam am anderen Ende die **evangelikale Bewegung**. Sie fragt, warum **Erweckererfahrungen**, wie sie in großem Stil aus Afrika und Asien berichtet werden, bei uns nicht möglich sein sollten, und versucht, US-amerikanische Konzepte nach Deutschland zu

### Themen:

Editorial	3
Volksbegehren	4
Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen	5
Spaßgesellschaft	10
Mauerbau	11

übersetzen. Das derzeit bekannteste ist die Arbeit der Willow Creek Community Church von Bill Hybels; sie wurde in mehreren gut besuchten Kongressen in Deutschland präsentiert.

Neben diesen Initiativen, die Schlagzeilen machen, stehen eine Reihe ganz natürlicher Vorgänge geistlichen Lebens, die unspektakulär, aber wirksam Veränderungen intendieren und ermöglichen. So ist z. B. die Zahl ehrenamtlicher Gemeindeglieder erstaunlich groß, die sich in Seminaren und Tagungen mit gottesdienstlichen Fragen beschäftigen, weil ihnen an **kräftiger Verlebendigung der Gottesdienste** gelegen ist. Beim Kirchentag in Frankfurt hat sich die Frage nach Gott deutlich in den Mittelpunkt des Interesses der Teilnehmenden geschoben; sie bedarf der Antwort. Die schon seit Beginn des vorigen Jahrhunderts eingereichten, damals so genannten **Volksmissionarischen Ämter** haben lange Zeit eine Art Randexistenz im Ensemble kirchlicher Aktivitäten geführt. Sie standen unter dem Verdacht, als theologische Zensoren dem Gemeindeleben gegen defizitäre Theologie der Pfarrerschaft aufzuhelfen zu wollen. Inzwischen arbeiten in diesen Ämtern Expertinnen und Experten für kommunikative Arbeitsformen, die für Gemeindeaufbauplanungen beratend und unterstützend in Anspruch genommen werden.

### Verzögerung der Evangelisationsbemühungen

Das alles kommt spät, hoffentlich nicht zu spät. Bereits 1998 hatte der damalige Ratsvorsitzende Bischof Dr. Kruse die Frage ausgegeben: „Wie wird man Christ? Wie bleibt man Christ?“ Er hat damit eine breite Entwicklung von Gemeindegemeindegliedern angestoßen, die bis heute vielfach eingesetzt und variiert wurden. Seine Initiative wurde aber alsbald überlagert von den Folgeproblemen der deutsch-deutschen Kirchengemeinschaft nach dem Ende der DDR. Die Kirche war – nicht nur in ihren Leitungsorganen, sondern auch bis hin zu einzelnen Pfarrern und ihren Ältestenkreisen – viel mehr mit der Frage der Kirchensteuer, der Militärseelsorge und des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen beschäftigt als mit der Frage, wie Menschen zum Glauben an Christus verhol-

fen werden kann. Es ist sicher: Wenn diese Kardinalfrage aller kirchlichen Arbeit maßgebend geworden wäre, hätten auch die genannten drei kirchenpolitischen Themen leichter und rascher einer Lösung zugeführt werden können. So hat es Jahre gebraucht, bis erkannt wurde, dass der drastische Anstieg der Zahl der Konfessionslosen in Folge der Wiedervereinigung neue Anstrengungen nötig macht, um Menschen zum Glauben zu helfen. **Im Interesse des Gemeinwesens war es sicher richtig, nach der Wiedervereinigung die diakonische Arbeit zu puschen; im Interesse der Glaubensvermittlung wäre es nötig gewesen, das kirchliche Bildungswesen zu puschen.** Das Wachstum der Kirche tritt nicht gleichsam naturwüchsig von selbst ein. Es bedarf eines bewussten Willens und einer durchdachten Strategie.

Auf diesem Hintergrund wird es verständlich, dass es etwa mit der Verschiebung von einigen Haushaltsmitteln zugunsten evangelistisch ambitionierter Kreise nicht getan sein kann. Vielmehr muss eine **breite Mentalitätsänderung** Platz greifen. Bischöfe wie **Dr. Ulrich Fischer** (Baden) und **Prof. Dr. Wolfgang Huber** (Berlin-Brandenburg) haben sich diese zur persönlichen Aufgabe gemacht. Reformdiskussionen, wie sie in **Westfalen** von der Kirchenleitung in die Basis getragen wurden, oder breit angelegte Tagungen mit Festivalcharakter, wie sie erfolgreich im **Rheinland** stattfinden, zielen in dieselbe Richtung.

Mühsamer wird es sein, für veränderte Mentalitäten auch neue Strukturen bereit zu stellen. Denn die Ehren- und Hauptamtlichen in der Kirche können nicht einfach noch weitere Aufgaben auf sich nehmen. Die evangelistische Absicht muss in den gewohnten Arbeitsvollzügen so bestimmend werden, dass diese dadurch fortentwickelt und verändert werden. Die kirchliche Arbeit ist zu aufwändig mit der Pflege vorhandenen Gemeinschaftslebens beschäftigt und nicht stark genug darauf ausgerichtet, die Grenzen des Gemeinschaftslebens auszuweiten. Zur Gemeinschaft der Kirche gehören nach evangelischem Verständnis zudem auch die, die sich am Gemeinschaftsleben nicht regelmäßig beteiligen, sondern die Kirche punktuell bei Kasualien, hohen Kirchenjahresfe-

sten und etwa bei Kirchentagen und/oder evangelistischen Aktionen wie pro-Christ in Anspruch nehmen, um persönliche Lebensorientierung zu gewinnen. Dieses Phänomen muss in die kirchliche Theoriebildung ebenso einbezogen werden wie die Erfahrung, dass die Kirchenmusik Hochkonjunktur hat und offenbar vielen Menschen mehr gibt als der Gottesdienst und die Gruppenarbeit.

### Strategische Vorschläge für eine erfolgreiche Evangelisation

Die Schrift „Das Evangelium unter die Leute bringen“, die der Rat der EKD ohne Vorbehalt einstimmig begrüßt hat, enthält darum eine ganze Reihe strategischer Vorschläge. Sie zielen auf die **Aus- und Fortbildung der Hauptamtlichen**, die Gewinnung, Begleitung und **Förderung von Ehrenamtlichen**, auf **Änderungen im Visitationswesen**, Kooperationen der verschiedenen kirchlichen Arbeitsebenen und Arbeitszweige, auch auf haushaltswirksame Entscheidungen, unter denen die **Gründung eines wissenschaftlichen Instituts für Evangelisation an einer Theologischen Fakultät** besonderer Hervorhebung bedarf. In diesen strategischen Vorschlägen liegt das eine Proprium dieser Schrift im Vergleich zu anderen Schriften zum Thema Evangelisation.

Das andere Proprium besteht in dem Versuch, die geistige und religiöse Situation der Gegenwart wenigstens ansatzweise so zu beschreiben, dass sich die kirchliche Arbeit anknüpfend darauf beziehen kann und sich nicht konfrontativ als Gegenwelt etablieren muss. Die Gegenwart ist viel stärker durch Wirkungen des Evangeliums in unserer Zivilisationsgeschichte bestimmt, als ein oberflächlicher Blick wahrnimmt. **Evangelisation heißt darum längst nicht mehr nur Bekehrung, sondern auch Hinführung, Bildung, Begleitung, Information und Diskussion.** Die tradierten Begriffe müssen neu definiert werden.

Die genannte Schrift drückt die Hoffnung aus, dass sich auf das gemeinsame Ziel der Werbung für den Glauben die unterschiedlichen, zumeist nebeneinander existierenden, oft sogar gegeneinander stehenden kirchlichen Kreise und Gruppen gemeinsam ausrichten und eine Ge-

## Liebe Leserin, lieber Leser,

die Sommerferien sind jetzt in allen Bundesländern zu Ende gegangen, die meisten sind aus Ihrem Urlaub erholt zurückgekehrt. Die freie Zeit, die sich viele von Ihnen gegönnt haben, ist vorbei.

Auch meine Tage sind jetzt wieder von den alltäglichen und besonderen Dingen der Politik gekennzeichnet. Die politische Landschaft sieht einem Herbst entgegen, der von Wahlen bestimmt sein wird. Mein besonderes Augenmerk gilt der **Bürgerschaftswahl in Hamburg**, sowie der **Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus**. Die Bundeshauptstadt wählt! Dies ist ein wichtiges Politereignis, denn nirgendwo ist eine Stadt politisch noch so geteilt wie hier in Berlin. Der Bruch der großen Koalition durch die SPD hat eine langjährige Zusammenarbeit zu Ende gehen lassen. Jetzt geht es um Mehrheiten jenseits der politischen Möglichkeit von SPD und PDS. In die politische Landschaft ist Bewegung gekommen. **Eine neue Politikergeneration will die Zukunft der Stadt gestalten.**

Schon vor den Ferien hat der Wahlkampf begonnen und dieser Auftakt gab einen Vorgeschmack auf die harten Auseinandersetzungen, die während der heißen Phase des Wahlkampfes jetzt im September und im Oktober zu erwarten sind.

Jedoch werde ich mich dafür einsetzen, dass eine sachliche Auseinandersetzung stattfindet. Diese kann und muss dann aber auch mit aller Deutlichkeit geführt werden. Es wird zu fragen sein, welche zukünftige Koalition mit welchem Konzept Berlin regieren möchte und weiterhin, was dies für Auswirkungen auf die Kirchen und Christen dieser Stadt hat. Diese Fragen zu stellen, ist nicht zuletzt die Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises.

Es geht nicht an, dass in dieser Auseinandersetzung öffentliche Auftritte von Politikern – egal welcher Couleur – aufgrund von Gewalt abgebrochen werden müssen. Wir dürfen unsere **politische Kultur** nicht in dem Maße gefährden, wie dies momentan der Fall ist. Dafür steht zu viel auf dem Spiel. Es kann nicht angehen, dass durch Flaschenwerfer eine bewusste Körperverletzung von Politikern in Kauf genommen wird. Ich hoffe, dass wir im Berli-

ner Wahlkampf nicht noch einmal solche Szenen sehen müssen. Mit großer Besorgnis habe ich die ersten Entscheidungen, die der neue Senat unter seinem Regierenden Bürgermeister Wowereit beschlossen hat, beobachtet. Der Gesamthaushalt des Berliner Senates umfasst 47 Milliarden DM. Die ersten 90 Millionen, die der neue Senat einspartete, nahmen auch den **Religionsunterricht** ins Visier. Gleich 2,9 Millionen DM wurden hier weggestrichen. Ich habe diesen Akt als einen Affront gegen die Kirchen in Berlin bezeichnet. Nicht nur, weil ich in dieser Kürzung ein politisches Signal sehe, sondern auch deshalb, weil diese Kürzungen just in dem Moment angekündigt wurden, als die Evangelische Kirchen von Berlin-Brandenburg in Karlsruhe bei der Anhörung zum Religionsunterricht ihre Position durch ihren Bischof erklärte. Die beiden großen Kirchen müssen diese Haltung deutlich wahrnehmen.

Deutlich ist mir in den vergangenen Monaten auch folgendes geworden: Die **Entwicklungshilfe** wird immer mehr zusammengestrichen. Die letzte Kürzung betrug 5,3 Prozent. Dieses Handeln bringt das Entwicklungsministerium an den Rand der Existenzberechtigung. Noch vor wenigen Wochen führte die „3. UN-Konferenz zur Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer“ der Welt ein beängstigendes Szenario von Armut, Unterernährung und Elend vor Augen, das täglich tausende Menschenleben fordert.

Diese Berichte halten den Finanzminister nicht davon ab, radikale Budgetkürzungen bei der Hilfe für die Ärmsten der Armen durchzuführen. Das „eiserne Festhalten am Konsolidierungskurs“ wirkt hier beinahe zynisch. Als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises habe ich deshalb die Bundesregierung dazu aufgefordert, den ethischen Verpflichtungen eines wohlhabenden Industriestaates nachzukommen und den **Etat des Entwicklungsministeriums auf zukünftig 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufzustocken**. Dies entspricht der 1992 in Rio getroffenen internationalen Übereinkunft. Eine gerechte, soziale und zukunftsorientierte Politik zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie in der Lage ist, über den eigenen sozialen und nationalen Tellerrand zu blicken. Ohne das Engagement der Kirchen hätte die deut-



sche Entwicklungspolitik schon längst Konkurs anmelden müssen. In der Juni-Ausgabe der Evangelischen Verantwortung hatte Dr. Friedbert Pflüger seine Position zu Elementen der plebiszitären Demokratie dargestellt. Der Artikel des bayerischen Innenministers Günther Beckstein zeigt, wie vielschichtig dieses Thema in der Union diskutiert wird. Die Evangelische Verantwortung zeigt sich einmal mehr als der Ort, an dem um den richtigen politischen Weg gerungen wird.

Vor kurzer Zeit konnte ich den **Brandenburger Diakonie-Stationen**, die fast 5000 Patienten in häufig sehr entlegenen Regionen betreuen, **100 Handys** überreichen. Einige dieser Patienten verfügen aus finanziellen Gründen über keinen eigenen Telefonanschluss. Damit sich die Krankenschwestern und Pfleger der Diakonie im Notfall jedoch schnell mit ihrer zuständigen Dienststelle in Verbindung setzen und Hilfe anfordern können, sind Handys eine wertvolle, manchmal Leben rettende technische Hilfe. Ich freue mich, dass das Münsteraner Telekommunikationsunternehmen HUTCHISON TELECOM diese Übergabe durch eine großzügige Spende ermöglicht hat.

Unbürokratische und schnelle Hilfe ist oft dann sichergestellt, wenn sich Politik und Wirtschaft gemeinsam in den Dienst der guten Sache stellen. Der EAK hat hier einmal mehr bewiesen, dass er nicht nur politisch die Situation der älteren Generation in den Blick nimmt, sondern auch tatkräftig dort hilft, wo diese Hilfe vonnöten ist.

Jochen Borchert

Ihr Jochen Borchert, MdB  
Bundesvorsitzender des EAK

meinsamkeit auf höherer Ebene ausbilden könnten. „Das Ziel eint sie, auch wenn ihre Ausgangspunkte verschieden sind.“ Man kann das eine Pluralität in missionarischer Absicht nennen im Unterschied zu einer Pluralität aus Beliebigkeit.

Kaum nötig zu betonen: Die Wahrheitsfrage ist damit nicht vom Tisch. Im Gegenteil. **Die Kirche bekennt Christus als den Herrn der Welt.** Also hat sie ihn auch aller Welt werbend zu bezeugen und sich vor aller Welt zu ihm eindeutig zu bekennen. Wenn dieser Grundsatz klar ist, dann mag man im Weiteren über Dialog und Toleranz reden und muss das auch. Wenn man aber mit allen möglichen aktuellen Problemen und nicht mit dem Grundsatz beginnt, dann können diese Probleme nur ungenau behandelt und praktische Handlungsansätze nur unzureichend entwickelt werden. So wäre es etwa höchste Zeit, in unseren **Großstädten deutlich erkennbare Missionsstationen für die vielen ausländischen (und auch deutschen!) Nichtchristen unter uns einzurichten.** Diakonische Dienststellen, so wichtig sie für die soziale Integration sind und bleiben werden, reichen zur Erfüllung des kirchlichen Auftrags nicht aus.

Klar ist auch: Es geht darum, die **Leistungsmöglichkeiten der Volkskirche zu aktivieren.** Die Volkskirche ist nicht die einzige Organisationsform der Gemeinde Christi. Sie ist aber die hierzulande besonders bewährte. Sie ist vor allem diejenige, die die von der Reformation entdeckte Freiheit des Glaubens in besonderer Weise bewahren kann. Eine evangelistisch profilierte Volkskirche wird darum in der freiheitlichen Demokratie ein wichtiger politischer Faktor sein. Ihre Beteiligung am politischen Diskurs bedarf zwar keiner besonderen Legitimation. Wenn aber ihr spezifischer Auftrag der Glaubensvermittlung undeutlich wird, leidet ihr Image allgemein und damit auch die Überzeugungskraft ihrer gesellschaftsbezogenen Argumente. ■

**Anm.:**

Oberkirchenrat i. R. Klaus Baschang war Vorsitzender der Kommission, die den EKD-Text „Das Evangelium unter die Leute bringen. Zum missionarischen Dienst der Kirche in unserem Land“ erarbeitet hat.

## Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene als sinnvolle Ergänzung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie

Dr. Günther Beckstein

### 1. Gewandelte Einstellung der Bürger

Die Vielzahl von Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen auf kommunaler wie auf Landes- und Bundesebene zeigt den Wunsch der Bevölkerung, sich aktiv für das Gemeinwesen einzusetzen und an seiner Ausgestaltung mitzuwirken. Der grundlegende Wandel in der Informations- und Kommunikationstechnologie mit der Möglichkeit umfassender Informationsgewinnung hat diese Tendenz noch verstärkt. Anders als in der überwiegenden Zahl der Länder stehen den Bürgerinnen und Bürgern aber auf Bundesebene noch keine effektiven Möglichkeiten zur Verfügung, an politischen Entscheidungen unmittelbar mitzuwirken.

### 2. Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene als Ergänzungen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie

Die Erfahrungen in den Ländern mit der Volksgesetzgebung sind nach meinem Dafürhalten überwiegend positiv. Diese Erfahrungen lassen sich sicher nicht ohne weiteres auf die Bundesebene übertragen, zumal es auf dieser Ebene oftmals um besonders bedeutsame Angelegenheiten geht. Damit gewinnt der Gesichtspunkt, die Handlungs- und Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie zu bewahren, an Gewicht. Die direkte Bürgerbeteiligung kann die parlamentarisch-repräsentative Demokratie sinnvoll ergänzen. Sie ist die Ausnahme von der Regel parlamentarisch-repräsentativer Demokratie.

### 3. Einzelprobleme 3.1 Komplexität der Themen

Oftmals wird eine unmittelbare Mitwirkung des Volkes mit dem Argument abgelehnt, dass **die Gesetzgebungskom-**



**Staatsminister Dr. Günther Beckstein:** „Eine Stärkung der unmittelbaren Mitwirkungsrechte des Volkes an der Gesetzgebung auf Bundesebene kann der zunehmenden Politik- und Parteienverdrossenheit, die sich vor allem in dem zunehmenden Anteil der Nichtwähler zeigt, entgegenwirken.“

**petenzen des Bundes häufig Materien von hoher Komplexität betreffen, die sich nicht einfach auf eine Ja/Nein-Frage zuspitzen lassen.** Diese Bedenken sind sicher nicht von vorneherein von der Hand zu weisen. Auch ist zu bedenken, dass im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren gerade bei schwierigen Materien oftmals nach langwierigen Verfahren Interessenausgleiche und Kompromisse gefunden werden können. Solche Möglichkeiten bieten plebiszitäre Verfahren nicht.

Wenn sich das Verfahren der Volksgesetzgebung allerdings – wie in den meisten Ländern – nur auf ausformulierte und mit einer Begründung versehene Gesetzentwürfe beziehen könnte, wäre dieses Problem nach meiner Ansicht aber weitgehend entschärft. **Die Initiatoren von Volksbegehren wären zu einer klaren und transparenten Darlegung ihres Anliegens gezwungen.**

### 3.2 Einfluss von Lobbyisten und aktiven Minderheiten

Gegner der Volksgesetzgebung auf Bundesebene weisen immer auf die Gefahr hin, dass so ein Instrument organisierter Interessengruppen und Parteien geschaffen würde, die bei der Wahl für ihre politischen Ziele nicht die erforderliche Mehrheit erhalten haben. Auch bestünde die Gefahr, dass sich bei sehr geringer Beteiligung an den Abstimmungen Minderheitenmeinungen durchsetzen.

Nach meiner Überzeugung kann allerdings durch Einführung eines hinreichenden Beteiligungs- oder Zustimmungsquorums die erforderliche demokratische Legitimation von Entscheidungen im Verfahren der Volksgesetzgebung gesichert werden. **Diese Quoren müssen die Gewähr dafür bieten, dass sich nicht eine kleine aktive Minderheit über den Willen der schweigenden Mehrheit hinwegsetzt.** Quoren dürfen andererseits aber auch nicht so bemessen werden, dass die Instrumente von Volksbegehren und Volksentscheiden faktisch leer laufen.

### 3.3 Durchsetzung unpopulärer Entscheidungen

Vielfach wird eingewandt, dass Volksentscheide auf Bundesebene die Durchsetzung unpopulärer, aber notwendiger Entscheidungen zusätzlich erschweren. Gewählte Volksvertreter würden hier objektiver entscheiden.

Diese Bedenken sind nach meiner Ansicht unbegründet. **Wir dürfen nicht den Fehler machen, die Fähigkeit der Bürger zu unterschätzen, auch in diesen Fällen verantwortungsbewusste Entscheidungen zu fällen.** Jedenfalls sind mir aus den Ländern keine entsprechenden Erfahrungen bekannt. Auch in der **Weimarer Republik** haben Volksentscheide nicht zu einer Blockade bei unpopulären Themen geführt. Aufgrund der damals eingeführten hohen Hürden erlangten Volksbegehren und Volksentscheide auf Reichsebene keine große Bedeutung. Innerhalb von zwölf Jahren wurden nur drei entsprechende Initiativen gestartet, die alle ohne Erfolg blieben: im Jahre 1926 das Volksbegehren „Fürstenenteignung“, im Jahre 1928 das Volksbegehren „Panzerkreuz-

zerverbot“ und im Jahre 1929 das Volksbegehren gegen den Young-Plan. Selbst das mit erheblichem Propagandaufwand der Rechten initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan fand letztlich in der Bevölkerung keinen entscheidenden Rückhalt, obwohl das Thema (Kriegsschuld, Reparationen) die Öffentlichkeit in außergewöhnlichem Maße bewegt hatte.

### 3.4 Vereinbarkeit mit dem Gewaltenteilungsprinzip

Eine Volksgesetzgebung auf Bundesebene muss sich selbstverständlich in das gewaltenteilige Gefüge eines modernen Rechtsstaates einbauen lassen. Es müssen deshalb die Gegenstände oder Themen, über die Volksentscheide stattfinden können, begrenzt werden. Der Volksgesetzgebung sollten deshalb z. B. Vorhaben entzogen werden, die den **Vorrang des geltenden EU-Rechts** missachten oder die **Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen** zwischen Bund und Ländern, Angelegenheiten der **Landesverteidigung** und der **außenpolitischen Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland** betreffen. Vor dem Hintergrund der föderalen Ordnung Deutschlands wären auch besondere **Länderquoren** empfehlenswert.

### 4. Schlussbemerkungen

Die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene muss sehr gut durchdacht werden. Es handelt sich dabei um eine Grundsatzfrage, weil unsere repräsentative Demokratie, wie sie von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes festgelegt wurde, weiterentwickelt würde. Allerdings meine ich, dass viele Bedenken, die in der Diskussion gegen die unmittelbare Mitwirkung des Volkes auf Bundesebene vorgebracht werden, durch entsprechende Regelungen Rechnung getragen werden kann.

Eine **Stärkung der unmittelbaren Mitwirkungsrechte des Volkes an der Gesetzgebung** auf Bundesebene kann der zunehmenden **Politik- und Parteienverdrossenheit**, die sich vor allem in dem zunehmenden Anteil der Nichtwähler zeigt, **entgegenwirken**. Auch erfolglose Volksbegehren können im Übrigen sinnvoll sein, weil sie eine Diskussion beenden und damit zur gesellschaftlichen Befriedung in wichtigen Fragen beitragen. ■

Anm.:

Dr. Günther Beckstein, MdL,  
ist bayerischer Innenminister und  
Mitglied des CSU Landesvorstandes.

## Die Zukunft der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland

Dr. Walter Klaiber

1. In der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland haben sich fast alle christlichen Kirchen in unserem Land zusammengeschlossen. Sie bietet damit eine einzigartige Gelegenheit zu **gegenseitiger Information** und die Basis für eine **intensive Zusammenarbeit der Kirchen**. Es wird nicht viele Länder geben, in denen die Basis für eine Art „nationalen Kirchenrat“ so breit ist. Es ist mir wichtig, dass wir uns das bewusst machen und dies hervorragende Instrument ökumenischer Zusammenarbeit noch intensiver nutzen.

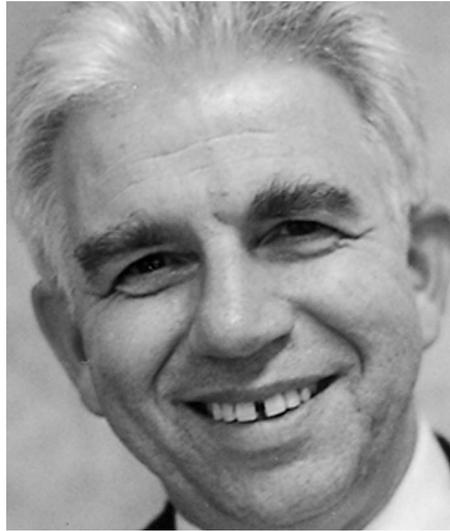
2. Der Name „Arbeitsgemeinschaft“, den dieser Zusammenschluss trägt, soll bewusst den Anspruch der Organisation niedrig halten. Sie soll eben **kein „Rat der Kirchen“ in Deutschland** sein oder gar den Anschein einer Art „Überkirche“ erwecken. Manche bedauern das und halten es für unangemessene Tiefstapelei, zumal sich das Wort „Arbeitsgemeinschaft“ nicht befriedigend ins Englische übersetzen lässt, das zur lingua franca der Ökumene geworden ist. Ich bin jedoch der Meinung, man sollte aus der Not (falls es sich um eine solche handelt) eine Tugend machen und den Namen „Arbeitsgemeinschaft“ so ernst

wie möglich nehmen. Die ACK soll und kann die Plattform sein, auf der die christlichen Kirchen in Deutschland gemeinsam an den Aufgaben arbeiten, die sich ihnen in unserer Gesellschaft stellen. Als Schüler habe ich als Werkstudent bei der ARGE Bodenseewasserversorgung mitgearbeitet, einer Arbeitsgemeinschaft von Tiefbauunternehmen, die sich zusammengeschlossen hatten, weil dieses große Projekt für eine Firma allein nicht zu bewältigen gewesen wäre. Die **Versorgung des geistlich und menschlich von der „Versteppung“ bedrohten Deutschlands mit „Wasser des Lebens“** ist zweifellos auch eine Aufgabe, die keine Kirche allein bewältigen kann und die deshalb der gemeinsamen Anstrengung aller bedarf.

3. Wenn ich von „Arbeit“ spreche, schließe ich theologische Arbeit mit ein. Wo sie ernsthaft betrieben wird, ist sie nicht nur Wortgefecht oder Theologengezänk, sondern geschieht im tiefen und anstrengenden Ringen um die Wahrheit. Häufig vollzieht sich die theologische Arbeit in der Ökumene im bilateralen Dialog. Das ist hilfreich, weil die Situation im Zweiergespräch übersichtlich bleibt und leichter Ergebnisse erreichbar scheinen. Aber die **Methode des bilateralen Dialogs** hat auch ihre Grenzen. In ihr liegt die Gefahr wechselseitiger Selbstbezogenheit. Darum darf das multilaterale Gespräch nicht vernachlässigt werden. Es kann themenzentrierter geführt werden und sehr unterschiedliche Facetten theologischer Sachfragen mit einbeziehen. Der ACK steht dafür der **Deutsche Ökumenische Studienausschuss (DÖSTA)** als kompetentes Fachgremium zur Verfügung. Ich wünsche mir, dass die Möglichkeit, mit Hilfe der Vorarbeit dieses Studienausschusses gemeinsam zentrale theologische Themen anzugehen und an ihnen zu arbeiten, noch häufiger und intensiver genützt wird und dass dann auch die Ergebnisse der theologischen Gespräche in die Praxis kirchlichen Miteinanders eingebracht werden.

4. Die ACK hat in den letzten Jahren ihrem Namen durchaus Ehre gemacht, indem sie sich ein konkretes „Arbeitsvorhaben“ vorgenommen hat. Vor einigen Jahren schon begann das **Arbeitsvorhaben zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Deutschland**, das dann zur **Aktion „La-**

**de deine Nachbarn ein“** geführt hat. Diese Aktion ist kennzeichnend für das, was die Arbeitsgemeinschaft leisten kann und sollte. Sie geht davon aus, dass es auf lokaler und regionaler Ebene schon viele Aktivitäten gibt, durch die das Verständnis zwischen Fremden und Einheimischen gefördert wird, Spannungen abgebaut werden und Menschen in Not geholfen wird. Diesen Aktivitäten



**Bischof Dr. Walter Klaiber: „Die Kirchen kämpfen nicht gemeinsam um ihr Überleben, sondern sie wollen gemeinsam weitergeben, was dem Leben aller letzten Halt und Inhalt gibt.“**

eine Plattform zu geben, Verbindungen zwischen ähnlichen Initiativen herzustellen, Informationen praktische Impulse weiterzugeben, durch kleine, aber wirksam eingesetzte finanzielle Zuschüsse aus dem sog. 3-F-Fonds Arbeit vor Ort zu unterstützen und zu ermutigen und mit all diesen Initiativen gemeinsam zur öffentlichen Bewusstseinsbildung beizutragen, das sind die Ziele der Aktion „Lade deine Nachbarn ein“.

Inhaltlich ist es nicht von ungefähr, dass sich gerade die ACK dieser Aufgabe annimmt. In ihr sind ja auch eine ganze Reihe von Kirchen vertreten, deren Ursprung in anderen Ländern liegt, die aber mit ihren Gläubigen nach Deutschland gekommen sind und sie auch in den Schwierigkeiten, die das Leben in einem fremden Land mit sich bringt, unterstützen. Sie sorgen dafür, dass wir als Gemeinschaft der Christen nicht die Augen vor den Problemen solcher Menschen verschließen,

sondern wahrnehmen, wie **ungastlich und fremdenfeindlich unser Land und seine Administration geworden sind.**

In den Gesprächen mit den Bundestagsfraktionen suchen wir gerade auch an dieser Stelle in den politischen Entscheidungsgremien Unterstützung und würden uns von den Parteien, insbesondere auch von den christlichen, gerne noch mehr Verständnis und Offenheit wünschen. Man kann nicht den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit unterstützen und zugleich die Angst vor der Überfremdung schüren. Dass es Probleme im Zusammenleben gibt und geben wird, ist unbestritten; aber die Lösung kann nicht deren Vermeidung durch eine restriktive Asyl- und Einwanderungspolitik, sondern nur die gemeinsame Arbeit an ihrer Überwindung sein.

5. Wichtig ist mir für die Zukunft der ACK, dass der **Konsultationsprozess über die Aufgabe der Mission und Evangelisation in Deutschland**, der in der ACK und ihren Mitgliedskirchen zurzeit im Gange ist, bald zu konkreten Ergebnissen führt, die auch die gemeinsame Praxis bestimmen werden.

Wenn wir heute in der Kirche von „Mission“ sprechen, meinen wir sehr viel mehr als die Ausbreitung des Christentums (oder gar der „christlichen Kultur“) in nicht christlichen Ländern. **Mission bedeutet schlicht „Sendung“.** „Sammlung“ und „Sendung“, das sind die **grundlegenden Lebensäußerungen von Kirche**, vergleichbar mit Einatmen und Ausatmen. In der Sammlung um Wort und Sakrament wird die Kirche mit der Gegenwart Gottes und seiner Liebe beschenkt; in der Sendung lebt sie diese Gegenwart in Wort und Tat für andere. „Mission“ bedeutet also nichts anderes, als dass die Kirche weitergibt, was ihr geschenkt ist. „Missionsverzicht“ wäre genauso lebensbedrohlich wie der Verzicht auf das Ausatmen.

Für die Kirche in Deutschland hat diese Sendung eine dreifache Ausrichtung:

- In einer Zeit **ethischer Orientierungslosigkeit** haben die Kirchen für den **Schutz und die Würde menschlichen Lebens von seiner Entstehung bis zum Tode** einzutreten und dabei gleichzeitig auch den pfleglichen Umgang mit der

Schöpfung im Blick zu behalten. Die Zeit, in der die Kirche der Gesellschaft vorschreiben konnte, wie sie sich verhalten solle, ist vorbei. Und doch brauchen gerade in einem weltanschaulich neutralen Staat Menschen Orientierungshilfen, die dem gemeinsamen Leben heilvolle Perspektiven geben. Hier müssen die Kirchen möglichst gemeinsam reden, und sie haben dies in letzter Zeit erfreulicherweise oft getan – nicht weil sie den anderen ihre Meinung aufzwingen wollten, sondern weil sie im Namen des menschenfreundlichen Gottes für eine menschenfreundliche Gesellschaft eintreten wollen.

- In einer Zeit, in der sich das Potenzial an Gewalt in vielen Lebensbereichen gefährlich vermehrt und immer wieder unheilvoll zum Ausbruch kommt, suchen die Kirchen **Wege zur Überwindung von Gewalt**. Im Zentrum christlichen Glaubens steht die Aufforderung des Apostel Paulus, Böses mit Gutem zu überwinden. Darum werden Christinnen und Christen versuchen, nicht nur alle Formen von Gewalttätigkeit zu bekämpfen, sondern auch ihre Wurzel in Identitätsangst, Verunsicherung und Mangel an Lebensperspektive anzugehen. Die „Dekade zur Überwindung von Gewalt“, die der Ökumenische Rat der Kirchen ausgerufen hat, wird in den nächsten Jahren hoffentlich nicht nur ein häufig zitiertes Schlagwort sein, sondern gemeinsam die praktische Arbeit der Kirchen bestimmen.

- In einer Zeit, in der **die Frage nach Gott** immer weniger Menschen umzutreiben scheint und in der zugleich immer mehr Menschen trotz äußeren Überflusses an einem letzten, oft unbewussten Lebensdefizit leiden, bleibt es mehr denn je die Aufgabe der Kirchen, die Menschen auf Gott hinzuweisen, der in Jesus Christus ganz menschlich für sie geworden ist und ihren „Lebensmangel“ ausfüllt. „Die wichtigste Aufgabe der Kirchen in Europa ist es, gemeinsam das Evangelium durch Wort und Tat für das Heil aller Menschen zu verkündigen“, schreibt die zu Ostern von der Konferenz Europäischer Kirchen und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen vorgelegte „**Charta Oekumenica**“. Ich hoffe, dass wir in Deutschland mit unserem „Prozess zur Verständigung über die gemeinsame Aufgabe der Mission und Evangelisation“ so weit kom-

men, dass auch für Nichtchristen deutlich wird: Die Kirchen kämpfen nicht gemeinsam um ihr Überleben, sondern sie wollen gemeinsam weitergeben, was dem Leben aller letzten Halt und Inhalt gibt. Ich wünsche mir deshalb, dass der mit großen Erwartungen (oder auch Befürchtungen) befrachtete **Ökumenische Kirchentag 2003** sich nicht nur um die letztlich binnenorientierte Frage nach der gemeinsamen Mahlfeier drehen wird, sondern die Fülle der Aufgaben wahrnimmt, die Christinnen und Christen in unserer Zeit gemeinsam für sich und andere zu bewältigen haben. Die Botschaft, dass unser Leben durch Jesus Christus heil werden kann und soll, anderen nahe zu bringen, ist nicht die geringste unter diesen Aufgaben!

6. Ich bin auch gebeten worden, etwas darüber zu sagen, welche eigenen Voraussetzungen ich für diese Aufgabe als Vorsitzender der ACK mitbringe und welche Rolle dabei das besondere Profil des Bischofs der Evangelisch-methodistischen Kirche spielt. Darüber zu sprechen fällt mir begreiflicherweise schwer. Ich will nur so viel sagen: Ich bringe in diese Aufgabe meine Leidenschaft für eine

biblisch begründete Theologie und die langjährige Erfahrung im ökumenischen Gespräch mit ein. Die missionarische Ausrichtung aller kirchlichen Arbeit und deren Öffnung für Menschen, die Gottes Zuwendung am Nötigsten brauchen, halte ich gerade auch für das ökumenische Miteinander für die entscheidende Priorität. Mit mir als Bischof der Evangelisch-methodistischen Kirche ist ein Vertreter der in Deutschland kleineren Kirchen Vorsitzender der ACK geworden. Vielleicht hilft das, in der Öffentlichkeit den Blick für die Vielfalt kirchlichen Lebens in Deutschland zu weiten. Die Evangelisch-methodistische Kirche hat sich immer als **zwischenkirchliche Brückenbauerin** verstanden. Ich hoffe, dass ich meine Aufgabe in dieser Tradition erfüllen kann. Zugleich weiß ich, dass für sie wie für all unser Bemühen gilt: An Gottes Segen ist alles gelegen. Im Vertrauen auf ihn will ich diese Aufgabe anpacken. ■

**Anm.:**

Dr. Walter Klaiber ist Bischof der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland.

## Verbraucherschutz in Verantwortung vor der Schöpfung

Eberhard Sinner

**Die Entwicklung in Europa ist geprägt von Freizügigkeit und Arbeitsteilung, vom Wegfall der Grenzen, von Internationalisierung und Globalisierung. Damit sind enorme Chancen für die Bürgerinnen und Bürger verbunden. Aber die Globalisierung hat auch ihren Preis, wie die BSE-Krise und die Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche zeigen.**

Die Verbraucher sind ratlos und tief verunsichert. Die betriebs- und volkswirtschaftlichen Schäden sind enorm. Gleichwohl lehrt uns die Situation eine Reihe von Einsichten: Wir setzen uns nicht ungestraft über unsere ethischen Grundla-

gen hinweg. Es rächt sich, Medikamente als Produktionsmittel zu missbrauchen und Landwirte zu Abfallverwertern zu machen. In der Bibel steht: „Ihr könnt die Früchte aller Pflanzen und Bäume essen; den Vögeln und Landtieren gebe ich Gras und Blätter zur Nahrung“ (Genesis 1, 28-30). **Wer Wiederkäuer zum Kannibalismus zwingt, wer Tiere als reine Ware ansieht, der verstößt gegen die Schöpfungsordnung.** BSE hat uns auf drastische Weise die Folgen gezeigt. Wie wir die Natur, die Tiere und die gesamte Schöpfung behandeln, das fällt immer auch auf uns selbst zurück. Opfer dieser Krisen sind wir alle – Verbraucher, Landwirte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Jetzt sind schnelle unbürokratische Hil-

fen durch den Staat ebenso notwendig wie langfristiges Umsteuern und Umdenken in der Wirtschaft, wie in der Gesellschaft insgesamt.

### Wege aus der BSE-Krise

Die Bayerische Staatsregierung hat nach dem Auftreten der ersten BSE-Fälle in Deutschland und in Bayern entschlossen gehandelt und umgehend 12 Mio. DM für ein **BSE-Soforthilfe-Programm** zur Verfügung gestellt. Sie hat darüber hinaus den **Schutz der Verbraucher zu einem neuen Schwerpunkt ihrer Regierungsarbeit** gemacht. Bayern nimmt die Sorgen der Menschen ernst und stellt in diesem und im nächsten Jahr zusammen 600 Mio. DM im Rahmen der Verbraucherinitiative Bayern bereit. Das bedeutet konkret: 145 Mio. DM für Lebensmittelsicherheit, 210 Mio. DM für die Umstrukturierung der Landwirtschaft sowie 245 Mio. DM, um den von den BSE-Problemen bedrohten Branchen zu helfen.

Konsequenter Verbraucherschutz erfordert mehr als finanzielle Unterstützung. Bayern hat ein **eigenes Ministerium für Verbraucherschutz** eingerichtet, während der Bund Landwirtschaft und Verbraucherschutz in einem Ministerium vermischt. Wir trennen ganz bewusst die Ressort-Verantwortung für die Produktion von der Kontrolle der Produktion. Wir gehen Konflikten nicht aus dem Weg, wir stellen uns der offenen Diskussion.

Das neue Ministerium setzt mit neuen Synergien und neuen Kompetenzen neue Schwerpunkte. Wir streben mit einer lobbyfesten, transparenten und wissenschaftsbasierten Politik den bestmöglichen Schutz für den Verbraucher und seine Gesundheit an. Das ist Ziel und Philosophie in meinem Haus.

Dafür haben wir uns eine Vielzahl von Maßnahmen zur Aufgabe gemacht.

Wir brauchen höhere Standards, vor allem in den Bereichen **Gen- und Biotechnik, Tierschutz und artgerechte Haltung**. Tiermehlhaltige Futtermittel, Arzneimittelmissbrauch in der Schweinemast, BSE und MKS zeigen, dass sich die Art der Tierhaltung unmittelbar auf die Tiergesundheit und auf die Lebensmittelsicherheit auswirkt. Artgerechter Umgang mit

Nutztieren auf allen Produktionsstufen bis hin zur Schlachtung muss eine Selbstverständlichkeit werden. Ebenso sind Antibiotika kein Ersatz für Hygienestandards, optimierte Haltungsbedingungen und gutes Management.

### Effizientes Kontroll- und Qualitätssicherungssystem

Sichere Lebensmittel und eine höhere Produktsicherheit erfordern offenbar stärkere Kontrollen. Dafür bauen wir ein effizientes Kontrollsystem auf. Im Einzelnen bedeutet dies: **Intensivierung der Gewerbeaufsicht** und 360 zusätzliche Stellen für Veterinäre bzw. in der Lebensmittelüberwachung, einschließlich einer neuen, flexiblen „Task force“. Amtliche Totalkontrolle ist nicht möglich. Deshalb werden wir die bestehenden Eigenkontrollsysteme der Beteiligten mit der staatlichen Kontrolle transparent vernetzen. D.h. wir konzentrieren uns künftig vor allem auf die **Kontrolle der Kontrolleure**.

Wir wollen die Produkte zurückverfolgen können, und zwar vom Tisch des Verbrauchers bis zum Tier und zum Futtermittel. Dazu gehören für uns die offene Deklaration der Futtermittel, mit der detaillierten Angabe der Inhaltsstoffe und ihrer Herkunft, eine Positivliste von Futtermitteln, die genau festlegt, was verfüttert werden darf – und schließlich ein **Qualitätssicherungssystem** für Tiere und Pflanzen mit einem aussagekräftigen **Qualitätssiegel**. Zur Qualitätsproduktion müssen alle Beteiligten beitragen: Bauern, Handel und Metzger. Das bedeutet in Zukunft auch: Kurze Schlachtviehtransporte und innovative Schlacht- und Zerlegetechniken zur einwandfreien Entfernung von Risikomaterial. Diese starke, geschlossene „gläserne Lebensmittelkette“ ist uns ein großes Anliegen. Aber wir wollen noch mehr. **Unser Ziel heißt: vorausschauender Verbraucherschutz**. Wir wollen keine Überraschungen mehr durch immer neue Risiken. Wir wollen lieber präventiv eingreifen, als hinterher aufräumen! Unser Motto heißt: **„Agieren statt Reagieren“**. Wir müssen Risiken erkennen und beurteilen, bevor sie für die Verbraucher zur Gefahr werden. Unsere Grundlage ist dabei der Stand der Wissenschaft. In diesem Sinne werden wir Prognosemethoden entwickeln als zusätzliche

Sicherheitsfilter. So setzen wir uns z.B. für den BSE-Lebend-Test nach dem Schweizer Modell ein. Dafür schulen wir flächendeckend Tierärzte und Landwirte.

Wenn wir in Deutschland gesunde, absetzbare Lebensmittel wollen, brauchen wir dafür **saubere Produktionsmethoden**, aber auch eine **gesunde, existenzfähige Landwirtschaft**. Es hilft weder den Verbrauchern, noch den Landwirten und am wenigsten den Tieren, bei einem BSE-Fall die gesamte Herde zu töten. Dies ist nach wie vor der Ansatz der Bundesregierung. Für einen ohnehin schon betroffenen



**Staatsminister Eberhard Sinner: „Es gilt, die Kreisläufe der Natur, den Tierschutz, den Zusammenhang der Schöpfung zu respektieren. Mensch und Natur müssen wieder näher zusammenrücken.“**

Bauern ist es kaum erträglich, auch noch mit ansehen zu müssen, wie die Frucht seiner jahrzehntelangen Arbeit, wie sein ganzer Stolz verbrannt wird. Ich habe mich deshalb auch in der Schweiz kundig gemacht, im Land mit der größten Erfahrung in Sachen BSE-Bekämpfung auf dem europäischen Festland. Die Wissenschaftler dort schließen eine BSE-Infektion von Tier zu Tier aus und propagieren deshalb die so genannte **Kohortenlösung**.

### Sinnvolle BSE-Bekämpfung

Auch Bayern lehnt die Tötung des Gesamtbestandes ab. Sie widerspricht dem Tierschutz und dem Stand der Wissenschaft, und sie schützt die Verbraucher

nicht mehr als die Kohortenkeulung. Dies hat der wissenschaftliche Lenkungsausschuss der EU klar festgestellt. Auch aus meiner Sicht genügt es, bei einem BSE-Fall nur die direkten Nachkommen sowie die Rinder zu töten, die der so genannten **Geburtskohorte** des infizierten Rindes angehören. Im Vergleich zur Bundeslösung lassen sich damit zwei Drittel der Tiere retten. Wir würden dieses Verfahren als sinnvolle Alternative begrüßen, wenn der betroffene Betrieb anonym bleiben kann und nach Abschluss der Veterinär-Untersuchungen der Absatz von Milch und Fleisch wieder möglich ist.

Wir wehren uns auch gegen das EU-Vernehmungsprogramm für 1,2 Mio. Rinder über 30 Monate. **Tiere sind unsere Mitgeschöpfe, Teil der Schöpfung und kein Sondermüll, der zur Marktentlastung einfach „verschrottet“ werden darf!** Wir müssen unseren Bauern helfen, denn ihre Ställe sind übervoll. Aber gesunde Tiere zu verbrennen nur zum Zweck der Marktstabilisierung, ohne zwingenden Grund und obwohl es Alternativen gibt, das ist eine Schande für eine Kulturnation und das widerspricht unserer christlichen Verantwortung für die Schöpfung.

Ein bayerischer Alleingang ist hier nicht möglich, das EU-Recht gilt auch in Bayern. Aber wir schlagen als Alternative vor: **„Verbrauchen statt Verbrennen“!** Wir wollen den Absatz im Inland erhöhen, z.B. mit Hilfe unseres „BSE-Sicherheitspakets“. Es soll unser Rindfleisch so sicher wie möglich machen. Hinzu kommen gezielte Verkaufsstrategien des Handels. Gleichzeitig wollen wir den Export in Drittländer wieder forcieren.

Die BSE-Krise hat uns allen deutlich gemacht, dass moderner Verbraucherschutz heute mehr sein muss als Reparaturinstanz. **Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe**, die die aktive Mitarbeit aller Beteiligten erfordert. Hier sind alle gefordert. Produzenten und Wirtschaft müssen überzeugende Qualitätssicherungssysteme aufbauen. Hinzu kommt ein enger Schulterschluss mit der Wissenschaft. Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Basis unserer Entscheidungen. Der staatliche Verbraucherschutz hält deshalb engen Kontakt zur **Forschung**.

Dem Staat steht freilich kein Herrschaftswissen über Risiken zu. Daher geben wir unser Wissen schnell und „ungeschminkt“ an die Verbraucher weiter, über unsere Kompetenzzentren für Ernährung und durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit. Diese Transparenz ist aber nicht als Einbahnstraße gedacht. Sie braucht einen Informationsfluss sowohl von oben nach unten als auch von der Basis zur Spitze. Moderne Politik braucht Bürgerbeteiligung. Wir müssen wissen, was die Menschen bewegt. Deshalb werden wir unter anderem den „Verbraucherbeirat“ weiter ausbauen und als neues Instrument ein „Bürgergutachten“ initiieren, als Forum für die Anliegen und Sorgen der Bürger. Unser Ziel ist der mündige Verbraucher, dem sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Verbraucher-Arbeit eine breite Grundlage für Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung schaffen.

Unsere Bauern sind aufgefordert ihre Verantwortung als Tierhalter und als Produzent sicherer Nahrungsmittel neu zu definieren. Das Image der Landwirtschaft ist beschädigt. Umso mehr gilt es, den Dialog mit den Verbrauchern auf eine neue Basis zu stellen. Nachhaltige Bewirtschaftung und geschlossene Stoffkreisläufe müssen die landwirtschaftliche Produktion künftig kennzeichnen und der Verbraucher muss das wissen.

Nicht zuletzt müssen wir auch unsere ethischen Standards neu definieren. Wir müssen offen darüber diskutieren, wie weit wir gehen wollen und dürfen. Es geht um Wege, die unsere gesamte Gesellschaft

akzeptieren und mittragen soll. Zugleich sollen sie unserer christlich abendländischen Kultur und Werteordnung entsprechen. Bei dieser verantwortungsvollen Diskussion zählen wir auch auf die Unterstützung und das Urteil der Kirchen.

Die **Kirchen** waren und sind uns bei der Bewältigung der aktuellen Krisen ein unverzichtbarer Gesprächspartner. Sie haben BSE thematisiert und in vielen Veranstaltungen diskutiert. Sie haben weit über ihren eigenen Wirkungskreis hinaus den Menschen in ihrer Verunsicherung Rat, und Aufklärung, Halt, Beistand und Zuversicht vermittelt.

**„Wer von euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein.“**

Wir hätten keine BSE-Krise, wenn es nicht Defizite und Versäumnisse gegeben hätte, – sowohl in Brüssel und beim Bund als auch bei uns. Diese Schwachstellen werden wir aufarbeiten, dafür steht mein Haus und dafür stehe ich. Unser Ziel ist eine neue, nachhaltige Politik, die sich deutlicher als bisher ethischen Werten verpflichtet sieht. Es gilt, die Kreisläufe der Natur, den Tierschutz, den Zusammenhang der Schöpfung zu respektieren. Mensch und Natur müssen wieder näher zusammenrücken. Dafür werden wir in Zukunft verstärkt arbeiten. ■

**Anm.:**

Eberhard Sinner ist Bayerischer Staatsminister für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz.

Insgesamt haben bisher 577 Leserinnen und Leser 46.838,39 DM gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen bedanken. Ihre Zuwendungen zeigen uns, wir sehr Ihnen an der Evangelischen Verantwortung in Politik und Kirche gelegen ist. Wir werden mit Engagement weiter arbeiten, um Ihre Erwartungen bestmöglich zu erfüllen.

**Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:**

**Konto:**

Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500 oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

## Sozialporno statt Engagement – Die Werte der Spaßgesellschaft –

Sylvia Bonitz

Die Kinder einer Gesellschaft sind ihr Kapital. Ihre bestmögliche Ausbildung und die Vermittlung von Wertvorstellungen sind eine Investition in die Zukunft und ein Garant für die soziale Lebensqualität der Gesellschaft.

Wie ist es um unsere nachwachsende Generation bestellt, die sich, oft als Einzelkind geboren und von nicht wenigen Eltern mit materiellem Wohlstand überhäuft, über ein Übermaß an Erziehung zumeist nicht beklagen kann? Welche Werte leben und erleben diese „Kids“, deren Eltern die Selbstverwirklichung als das höchste Ziel gepredigt wurde und die den Verzicht auf den Zweiturlaub schon als Entbehrung einstufen würden? Kaum eine Generation hatte jemals so viele Chancen wie diese im Zeitalter globaler Vernetzung. Die Kinder unserer Wohlstandsgesellschaft nutzen ihre Chancen eifrig – eifrig im Spaß-haben-wollen.

### Big Brother und SMS

Sie schicken sich massenhaft SMS auf die Handys im Austausch mit ihren Schulkameraden und begeistern sich tagelang für Veronas Mobilklo im Garten des „Big Brother“-Containers. Sie verbringen ihre Zeit, ungestört von berufstätigen Eltern, mit Computerspielen, Gewaltvideos oder im günstigsten Fall mit intellektuell nicht zur Überforderung neigenden Talkshows. Wie ihr Vorbild Zlatko belasten sie ihren Kopf nicht mit Wissen über Shakespeare. Bereits der Name ist ihnen unbekannt.

Über die Hälfte von ihnen denken bei der Aussage „**Das macht mir Spaß**“ an eigenes Vergnügen. Interesse an sozialem Engagement? Fehlanzeige. 77 Prozent der 14- bis 29-Jährigen macht es keinen Spaß zu helfen laut einer neuen Studie des BAT-Freizeit-Forschungsinstitutes. „Die Schüler von heute sind in



**Sylvia Bonitz:** „Gerade in einer Zeit globalisierter Wirtschaftszusammenhänge, dynamischer Arbeitswelten und explosionsartig wachsendem Wissen ist Orientierung mehr denn je erforderlich.“

großen Teilen verwöhnt, konzentrationschwach, lernunwillig und fernsehabhängig. Sie leiden unter **seelischer Verwahrlosung durch Erziehungsdefizite** von zu Hause und durch den **Verfall von Werten und Normen** innerhalb der Gesellschaft“. Diese deutliche – wengleich auch unbequeme – Analyse zog jüngst eine Lehrerin aus Niedersachsen in einem Leserbrief.

Woran liegt es, dass eine zunehmend verblödete Fernsehunterhaltung, deren Quote überwiegend auf sozialpornografischem Seelenstriptease basiert, eine größere Anziehungskraft auszuüben scheint, als die Aussicht auf eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft, die auf einer soliden Ausbildung fußt? Woran liegt es, dass Rotem Kreuz, Wohlfahrtsverbänden und Freiwilligenorganisationen der Nachwuchs ausgeht, während allerorten die Bedeutung der Erlangung sozialer Kompetenz betont wird? Allenfalls Sportvereine und Jugendfeuerwehren sind noch in der Lage, die jun-

gen Menschen wenigstens in den ersten Jahren an sich zu binden, bevor sie spätestens mit dem Verlassen der Schule auch Ihnen den Rücken kehren. Woran liegt es, dass in einer Zeit des sich versteigenden Wandels, in der der Bedarf an Orientierung und die Sehnsucht nach bleibenden Werten besonders groß sein müsste, weder Parteien noch Kirchen für Jugendliche sonderlich attraktiv sind? **Und wo sind die Vorbilder, die tradierte Werte glaubhaft vorleben?**

### Die Schule als Reparaturbetrieb?

Gerade in einer Zeit globalisierter Wirtschaftszusammenhänge, dynamischer Arbeitswelten und explosionsartig wachsenden Wissens ist Orientierung mehr denn je erforderlich. **Werteorientierung** und das Gefühl, irgendwo auf dieser sich scheinbar immer schneller drehenden Welt ein vertrautes Umfeld, eine Heimat zu haben. Die Internet-Community mag international sein, aber Einsamkeit ist immer noch ein sehr subjektives Empfinden. Und immer häufiger sind die Elternhäuser nicht mehr jene Geborgenheit zu vermitteln im Stande, die jeder von uns braucht wie die Luft zum Atmen. Wer in dieser Situation die **Schulen als Reparaturbetrieb der Gesellschaft** zu bemühen sucht, übersieht, dass ihre Lehrer mit den freizeitgestressten, daheim unerzogenen Wohlstandszöglingen längst überfordert sind.

Längst scheinen Begriffe wie **Familie und Geborgenheit** in einer technokratischen Gesellschaft unmodern geworden zu sein, da zeigt sich an den psychologischen Schäden verhaltensauffälliger Kinder die Krankheit der Gesellschaft, die sie hervorbringt. Ist nicht letztlich auch die Unfähigkeit zur Nächstenliebe nur Symptom einer tiefer liegenden Ursache? Nahe liegend ist die Annahme, dass nur diejenigen zum gesellschaftlichen Engagement am Nächsten fähig sind, die diese Liebe bereits in jungen Jahren in ihrem engsten Umfeld, der Familie, erfahren haben. Wengleich Dauerbindungen an Parteien, Kirchen und Verbände offenkundig schwerer fallen, je individualisierter die Interessen und Lebensentwürfe der Menschen sind, so vermag doch ein am vergänglichem Genuss orientierter Lebensstil die Sehnsucht nach sozialer Wärme und Halt in

einer verbindlichen Werteordnung nur oberflächlich zu überlagern. Hierin liegt die große Chance einer am christlichen Menschenbild orientierten Politik.

### Christliches Menschenbild

Wir müssen unseren Kindern wieder das Bewusstsein für diese wichtigen **Wurzeln** vermitteln und ihnen die Liebe und Aufmerksamkeit auf dem Weg ihres Heranwachsens schenken, die sie benötigen, um gesunde Persönlichkeiten zu werden. Das braucht Zeit. Vor allem Zeit füreinander, die unsere Gesellschaft

immer weniger aufzubringen bereit ist, weil damit wirtschaftliche Einbußen des Einzelnen einhergehen könnten. Und weil konsum- und spaßorientierte Selbstverwirklichung bequemer ist, als sich unter Zurückstellung eigener Bedürfnisse dem Wohle eines Kindes- wie auch dem Wohle der Gemeinschaft – verpflichtet zu fühlen.

Eltern, die sich liebevoll der Erziehung ihrer Kinder widmen, ihnen durch praktiziertes Vorleben in der Familie Werte mitgeben und die ihre Kinder zur Erbringung von Leistungen ermutigen, durch

die diese später zu einem erfolgreichen eigenständigen Leben befähigt werden, verdienen unser aller Respekt, Anerkennung und Unterstützung. **Die Diskussion um die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Familien ist daher wichtig.** Die Wertschätzung der in den Familien gelebten Solidarität in einem Umfeld von Geborgenheit und Vertrauen ist es mindestens ebenso. ■

Anm.:

Sylvia Bonitz ist CDU-Bundestagsabgeordnete.

# Gedenken an die Opfer des Mauerbaus

Silke Adam

Den Auftakt der Gedenkveranstaltungen der Union bildete am 12. August 2001 ein **Ökumenischer Gedenkgottesdienst in der St. Bonifatius-Kirche** in Berlin-Kreuzberg. In einer bis auf den letzten Platz gefüllten Kirche kamen mehr als 1000 Menschen aus Berlin und allen Teilen Deutschlands zusammen, um gemeinsam mit dem katholischen **Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky** und dem evangelischen **Generalsuperintendenten Martin-Michael Passauer** des Baus der Berliner Mauer am 13. August 1961 zu gedenken.

In seiner Predigt warf Kardinal Sterzinsky die Frage auf, ob die Christen bzw. die Kirche zum Gedenken etwas Eigenes hinzufügen könne, da die Medien in den vorhergehenden Tagen schon soviel berichtet hätten. Der Bau der Mauer gehöre jedoch zu „einem der schwärzesten Tage der deutschen Geschichte“, so dass ein **Gottesdienst der Trauer, Buße und Sühne** ein angemessenes Signal der Kirche sei. Neben dem Gedenken an die Opfer, die an der Mauer ihr Leben ließen und den Menschen, die den Schmerz der Trennung auf beiden Seiten der Mauer ertragen

mussten, gedachte Kardinal Sterzinsky auch der Täter. Diese seien infolge des Verlusts ihrer moralischen Integrität zu Opfern geworden. Der Zweck des Gedenkens sei nun das Gebet für die Toten und die Lebenden. Hiermit verbinde sich die Hoffnung, dass das Gebet Einsicht und Erkenntnis bringe.



► Eberhard Diepgen während seiner kämpferischen Ansprache.

Die komplexe Situation, die zum Mauerbau geführt hat, versuchte Kardinal Sterzinsky nicht in ihren Einzelheiten zu erklären. Mit der Erkenntnis Romano Guardinis „Nur wer Gott kennt, kennt auch den Menschen“ ergänzte er die Erklärungsversuche jedoch mit einer eigenen theologischen Deutung.

Im Umkehrschluss müsse sich das für den Mauerbau verantwortliche SED-Regime sagen lassen: „**Wer Gott nicht anerkennt, kann auch dem Menschen nicht gerecht werden.**“

In diesem Zusammenhang richtete der Kardinal ein mahnendes Wort an die Politik, indem er forderte, es dürfe nie wieder eine Politik geben, die nicht in Verantwortung vor Gott und den Menschen stehe. Generalsuperintendent Passauer formulierte die tragende Kraft des Gebets. „Als die Mauer vor vierzig Jahren gebaut wurde, falteten viele Leute die Hände.“ Auch jahrelange Unterdrückung im Sozialismus

► Die Parteivorsitzenden der Union prangerten gemeinsam die Zusammenarbeit der SPD mit der PDS an.

sei gegen diese Macht nicht angekommen. „Das Gebet vereint, stärkt, nimmt alle Unterschiede.“ Unter diesem Motto stand die sich dem ökumenischen Gottesdienst anschließende **Großkundgebung der Union am Checkpoint Charlie**, dem ehemaligen alliierten Grenzkontrollpunkt. In der Mitte Berlins erinnerten

die CDU-Vorsitzende **Dr. Angela Merkel**, der CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident **Dr. Edmund Stoiber**, Unions-Fraktionschef **Friedrich Merz**, **Dr. Frank Steffel** und **Eberhard Diepgen** vor ungefähr 4000 Teilnehmern an den Bau der Berliner Mauer vor 40 Jahren.

In ihrer Ansprache forderte Angela Merkel die Bürgerinnen und Bürger auf, sich jederzeit vor Augen zu führen, dass **Berlin immer ein Symbol für den deutschen Freiheitswillen** gewesen sei und das auch in Zukunft immer sein müsse. Die Teilung Deutschlands dürfe sich nicht wiederholen. „Die Kommunisten haben mitten ins Fleisch dieser Stadt geschnitten und haben sie geteilt“, mahnte die Parteivorsitzende. Wer die Erinnerung daran verdränge, „vergeht sich an der Freiheit“. Deshalb dürfe mit der PDS als Nachfolgerin der SED keine gemeinsame Sache gemacht werden. Mit Blick auf die anwesenden Vertreter der Opferverbände sagte Merkel „Alle die für die Freiheit gekämpft haben, haben ein Recht auf Erinnerung.“ Sie wies auf die mehr als 60.000 Menschen hin, die in der DDR wegen versuchter Republikflucht inhaftiert wurden.

Edmund Stoiber erinnerte an die frühere 400 Kilometer lange „Todesgrenze“ zwischen Bayern, Thüringen und Sachsen. „Die Mauer war eine blutige Wunde im Herzen Deutschlands. Die Mauer ist überwunden, aber ihre Opfer bleiben unvergessen.“ Es müsse in Deutschland heute und auch für die künftigen Generationen klar sein, wer für die Mauer und die Toten Schuld und Verantwortung trägt. **Die PDS sei die alte sozialistische SED – nach außen übertüncht mit neuem Anstrich.** Der Spitzenkandidat der CDU für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, Frank Steffel, gedachte der mehr als tausend Toten und der Situation der Familien, die durch die Mauer getrennt wurden. Er formulierte sein Unverständnis darüber, dass die Sozialdemokraten die Erinnerung und die notwendigen Anfragen an die PDS machtaktischen Erwägungen opferten.

Hierzu bekräftigte der ehemalige Regierende Berliner Bürgermeister Eberhard Diepgen: **„Unsere amerikanischen Freunde würden es nicht verstehen, warum sie in Berlin so lange die Freiheit verteidigten, wenn jetzt die Kommunisten mitregieren sollen.“** ■

### Buchbesprechung

**Zum Neu-Lesen empfohlen:  
Das CDU-Grundsatzprogramm**

**Ingrid Reichart-Dreyer: Macht und Demokratie in der CDU. Dargestellt am Prozess und Ergebnis der Meinungsbildung zum Grundsatzprogramm 1994. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000 (ISBN 3-531-13565-1)**

Das Jahr 1990 bedeutet für Deutschland und Europa den Beginn einer neuen Epoche: Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts fand sich das vereinte Deutschland in einem veränderten internationalen Umfeld und vor neuen inneren Herausforderungen wieder. Die CDU reagierte als erste Partei und beschloss, mit einer Weiterentwicklung ihres Grundsatzprogramms die Koordinaten für eine Neuorientierung in dieser neuen Lage abzustecken. Vier Jahre später, also 1994, wurde das Grundsatzprogramm unter dem Titel „Freiheit in Verantwortung“ verabschiedet. Die SPD hatte dagegen 1989 noch unbeirrt ein Grundsatzprogramm durchgepaukt, als sich die deutsche Einheit schon deutlich abzeichnete, und beginnt erst jetzt mit der geistigen Durchdringung ihres neuen politischen Pragmatismus.

Dass Grundsatzprogramme nicht mehr wert sind als das verbrauchte Papier, ist ein Irrtum, betont die Berliner Politologin Ingrid Reichart-Dreyer in ihrem Buch über die Entstehung des neuen Grundsatzprogramms: Es ist schließlich die Aufgabe der politischen Parteien in einer Demokratie, „über Grundorientierungen, Prinzipien und Handlungsmaximen Auskunft zu geben“. Sie müssen ihren Standort, ihre Vorstellung von der politischen Ordnung und ihr gesamtpolitisches Leit- und Gesellschaftsbild verdeutlichen. In dieser Funktion sind Grundsatzprogramme unverzichtbar, während Wahlprogramme und Strategiepapiere die allgemeinen Ziele mit konkreten Handlungsanleitungen und detaillierten politischen Vorhaben umsetzbar machen.

Hinter konkreten Einzelentscheidungen der alltäglichen Politik stehen oft grundsätzliche Auffassungen über die Aufga-

benverteilung zwischen Staat, Gesellschaft und Bürgern. Wird eher auf Vater Staat gesetzt oder auf den mündigen Bürger? Das Grundsatzprogramm durchzieht wie ein roter Faden die Idee einer „freien und verantwortlichen Gesellschaft“: „Staatliches Handeln muss zukünftig einem neuen Selbstverständnis folgen: nämlich nicht mehr in erster Linie zuständig zu sein für die Sicherung aller denkbaren individuellen Lebensrisiken. Stattdessen muss der Staat eine größere Eigenverantwortung des Bürgers voraussetzen können“. Die Autorin empfindet diese Idee aber als illegitime „Verschiebung der Aufgaben von Politikern auf Bürgerpflichten“. In einem Grundsatzprogramm darf allerdings auch einmal formuliert werden, was denn die Politik vom Bürger erwartet. Die Aufgabe der Politik wird damit übrigens nicht einfacher, sondern schwieriger: Eine aktivierende Sozialpolitik beispielsweise, die nicht mehr primär auf die Ausschüttung von staatlichen Geldtransfers setzt, sondern auf Beratung, konkrete Hilfestellung und Eigenverantwortung verlangt eine sehr gezielte, informierte und kreative Politik. Die Kunst ist es, die Strukturen so zu gestalten und Anreize so zu setzen, dass die Eigenverantwortung des Bürgers tatsächlich gefördert wird und es nicht beim Appell bleibt. Ein reines Sparprogramm macht die Eigenverantwortung dagegen nur zur schlechten Notlösung bei knappen Kassen.

Zugegeben: Das 1994er Grundsatzprogramm ist nicht aus einem Guss. Dieser Preis muss nun einmal gezahlt werden, wenn eine breite Beteiligung der Parteimitglieder und nicht das intellektuell makellose Papier das Ziel ist. Steht dahinter aber ein mehr schlecht als recht „abgebrochener Diskussionsprozess“? Richtig ist dabei, dass ein Grundsatzprogramm nicht „auf Nimmerwiedersehen“ verabschiedet werden darf, sondern im Gegenteil mit den einmal erarbeiteten Handlungsprinzipien auch weiter konkrete Politik gemacht werden muss. Weder das damals beschlossene Familiensplitting noch die Forderung nach einer Steuerung der Zuwanderung sind aber im Anschluss aufgegriffen worden – nicht zufällig hat in der Folge die CDU ihre familienpolitische Kompetenz verloren und das zentrale Thema Zuwanderung verpasst. Aber nicht ewiges Weiterdiskutieren, sondern Umsetzen der gemein-

Evangelisches  
Leserforum



„Herzog“

**Saul Bellow: Lübbe,  
Berg.-Gladb. 2000,  
ISBN:3404920457**

Saul Bellow beleuchtet mit seinen Büchern – auf eine allerdings unnachahmliche und bezaubernd komische und geistreiche Art – die Welt des modernen Amerika mit äußerst kritischem Gespür. Er steht dabei in einer großartigen europäischen Tradition, die mit ihren „Schelmenromanen“ zurückgeht bis zum *Simplicissimus*, zu „Tom Jones“ von Fielding und die sich fortsetzt in Thomas Manns „Felix Krull“ oder dem „Stilker“ von Max Frisch.

Die Schelmenromane traten immer auf, wenn die großen klassischen Epochen mit ihren heroischen Helden überholt waren – denken Sie an Eichendorffs „Taugenichts“ nach der deutschen Klassik – und wenn die Künstler sich als Seismographen der Wirklichkeit des Menschen nun mit besonderer Liebe auch ihrer Schwächen und ihres Scheiterns annahmen.

Dabei verbindet Bellow mit dem scharfen Blick auf die Realitäten des Menschseins durchaus eine humorvolle

und liebevolle Sympathie mit seinen Antihelden.

In seinen Romanen wird aber, nicht selten in autobiographischer Weise, nicht nur die Suche des modernen Menschen nach sich selbst geschildert, sondern es kommt auch das Zusammenreffen der europäischen, ja noch weiter zurückgehend, der jüdischen Kultur, mit dem modernen Leben Amerikas zum Ausdruck.

Insofern steht gerade im „Herzog“ auch die Begegnung Europas und seiner Werte und Traditionen mit dem Selbstbewusstsein Amerikas im Zentrum der Auseinandersetzung.

Saul Bellow wurde am 10.07.1915 in Kanada geboren als viertes Kind einer jüdischen Familie, die 1913 aus St. Petersburg ausgewandert war. Die Familie hatte Jahre der Armut und Entbehrung in Montreal zu überstehen. 1924 zogen sie um nach Chicago, das von Bellow immer als seine eigentliche Heimat bezeichnet worden ist. Seine orthodox-jüdischen Eltern hatten ihn zum Rabbiner bestimmt.

Mit sechs Jahren wurde er in die Schule geschickt, um dort das Alte Testament und seine Auslegung zu studieren. Mit acht Jahren beherrschte er das kanadische Französisch, das amerikanische Englisch, das heimische Jiddisch und die Sprache der Bibel, das Hebräisch. Außerdem kannte er sich genügend im Russischen aus, um es zu verstehen.

Mit 26 Jahren hatte er eine umfassende Kenntnis der amerikanischen und europäischen Literatur. Er hat sich vor allem mit Dostojewski und anderen großen russi-

schen Autoren beschäftigt. Die deutsche Literatur war ihm von Meister Eckehart bis Heidegger und von den mittelalterlichen Epen bis Thomas Mann geläufig, und in seinem grandiosen Gedächtnis speicherte er diese ungeheure Literaturmasse und verfügte über sie.

Für Bellow bedeutete das Schreiben Ausbruch aus der vorbestimmten Laufbahn als Rabbiner. Immerhin verbindet ihn mit dem Rabbiner die Sicht des Menschen, die Fähigkeit des humorvoll Anekdotischen, überhaupt die Beziehung zum Buch. Bevor Bellow 1976 den Literatur-Nobelpreis bekam und damit einem weltweiten Publikum bekannt wurde, war er schon lange einer der angesehensten und bedeutendsten Romanciers in der amerikanischen Fachwelt.

Sein Roman „Mann in der Schwebe“ erschien 1944, das „Opfer“ 1947, „Die Abenteuer des Augie March“ erschien 1953, das „Geschäft des Lebens“ 1956, „Der Regenkönig“ 1959 und „Herzog“ 1964. Danach erschienen noch zwei große Romane: „Mister Sammlers Planet“ 1969 und „Humboldts Vermächtnis“ 1975. Das erste große Werk nach der Verleihung des Nobelpreises war der Roman „Der Dezember des Dekans“ aus dem Jahre 1982.

Bellows Hauptwerke fallen in die Zeit der frühen sechziger und siebziger Jahre, d.h. sie wurden geschrieben auf dem Hintergrund der wachsenden Prosperität und Intensivierung des kalten Krieges, der Versuche, den Kommunismus einzudämmen durch die Bildung der NATO und SEATO und der Säuberungswelle durch Mc Carthy. Die

Literatur insgesamt versuchte gegenüber dieser politischen Entwicklung einen Damm, vor allem gegen den Konformismus, aufzubauen, sie analysiert das entfremdete Ich und das in seiner Identität bedrohte Individuum. Die nonkonformistischen Elemente in der beat generation bilden sich aus, Buddhismus, Jazz, Drogen und Sex sind die Mittel, um dem Konformismus zu entgehen.

Obwohl die Handlung nicht das Entscheidende ist, möchte ich einen Überblick über die wichtigsten Handlungsabläufe des Romans „Herzog“ geben: Der Held des Buches, Moses Elkanah Herzog, ist ein in endlose Monologe verstrickter Mensch, ein Kind der modernen Großstadt, ein Mann, der versucht, zu sich selbst zu finden. Wie der Autor selbst, entstammt er einer aus Russland nach Kanada eingewanderten einfachen jüdischen Familie, ist in Chicago aufgewachsen und Collegeprofessor geworden und hat dort in Chicago Menschen aus verschiedenen Schichten kennen gelernt.

Herzog ist Professor für Philosophie und Geschichte, hat eine glänzende Dissertation über Probleme des Naturrechts im 17. und 18. Jahrhundert geschrieben und ist berühmt geworden durch sein Buch „Romantik und Christentum“.

Der Held erlebt sein Leben mit all seinen Höhen- und Tiefpunkten zugleich als ein geistiges Abenteuer, er setzt sich auseinander mit Philosophen und anderen Größen der Geschichte. Mit etwa 45 Jahren gerät er in eine Krise. Diese entscheidende Phase der Krise führt der Roman vor. Die Krise wird auf intel-

## Leserbrief

lektueller Ebene ausgetragen, hat aber ihre Ursache in dem Scheitern des Helden an der banalen Alltagswirklichkeit. Seine kalte, egozentrische zweite Frau hat sich vor kurzem von ihm scheiden lassen, nachdem sie ihn längst mit einem seiner engsten Freunde betrogen hatte. Seine Kinder liebt er, ist ihnen aber ein schlechter Vater. Er ist auch nicht mehr imstande, seinen akademischen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Arbeit am zweiten Band seines Buches stockt. Herzog fühlt immer stärker die Notwendigkeit, „zu erläutern, auszufechten, zu rechtfertigen, ins rechte Licht zu rücken, zu klären, gutzumachen“.

In seiner Einsamkeit geht er schließlich dazu über, Briefe zu schreiben, an Lebende und Tote, an Philosophen, Politiker, Familienmitglieder, Freunde und an Gott selbst - Briefe, die er fast nie zu Ende kriegt und auch nicht abschickt. Diese Briefe haben formal die Bedeutung, dass die Handlung immer wieder unterbrochen wird durch Reflexionen und Perspektiven, die der Autor auf diese Weise unschwer unterbringt in seinem Roman. Da es aber die Briefe des Helden selber sind, unterbrechen sie an sich die Handlung nicht.

Anders als in den klassischen Romanen, in denen der Autor jeweils wie ein Direktor eines Marionettentheaters das Geschehen von oben kommentiert und dirigiert, bleibt die Ebene des Helden erhalten und wird trotzdem durchgängig reflektiert durch eben die Überlegung des Helden selbst.

Der Autor ist auf diese Weise noch besser in dem Helden untergebracht als in der

klassischen oder trivialen Romanliteratur, braucht aber auf seinen Kommentar nicht zu verzichten.

Der Held versucht neben dieser inneren und geistigen Auseinandersetzung mit den Problemen, die ihn einfach überrennen, auf der anderen Seite auch seine äußeren Verhältnisse in Ordnung zu bringen. Er diskutiert mit seinem Anwalt über die Möglichkeiten, die Aufsicht über seine Kinder zurückzubekommen, er borgt sich Geld, besucht seine Tochter, wird in einen Verkehrsunfall verwickelt und verhaftet, weil er ohne Waffenschein die Pistole seines verstorbenen Vaters bei sich trägt, die er an sich genommen hatte, weil er mit dem Gedanken spielte, den jetzigen Mann seiner zweiten Frau zu erschießen.

Auf der Polizeistation fühlt er sich durch das rüde Benehmen der Polizisten gedemütigt und gegenüber seiner kleinen Tochter aller menschlichen und väterlichen Autorität beraubt. Dies ist der Tiefpunkt seiner Irrfahrt.

Am Ende des Romans kehrt Herzog zurück in sein verfallenes Landhaus und findet dort einen gewissen Einklang mit sich selber wieder, vorsichtig nimmt er Verbindung auf zu Ramona, der einzigen wirklich ausgeglichenen und natürlichen Frau, die er kennt und entschließt sich, nicht länger Verzweiflung, Selbstmitleid und Einsamkeit zu kultivieren.

### Anm.:

Dr. Hans Christian Knuth ist Bischof für den Sprengel Schleswig der Nordelbisch Evangelisch-Lutherischen Kirche

### Zum Beitrag von Probst Karl-Heinz Ronecker über die Situation der Christen im Heiligen Land in der Evangelischen Verantwortung 7/8-2001

Der Aussage von Herrn Ronecker, dass die evangelikalischen Bewegungen einseitig Israel unterstützen und von ihren „evangelischen Glaubensgenossen auf der Westbank aber kaum Notiz nehmen“ würden, erlaube ich mir zu widersprechen. Zwar wird aus dem Text nicht klar, ob er sagen wollte, dass dies für „die“ evangelikalischen Bewegungen gilt, oder ob es unter den evangelikalischen Bewegungen auch solche gibt. Jedenfalls möchte ich für die Deutsche Evangelische Allianz, die die evangelikalischen

Christen in unserem Land repräsentiert, doch sehr deutlich sagen, dass dies falsch ist. Wir nehmen diese Christen sehr wohl auch als unsere Schwestern und Brüder wahr, die unsere Unterstützung verdienen, ebenso wie die messianischen Christen.

Deshalb hatten wir z. B. im vergangenen Jahr einen Repräsentanten der arabischen evangelischen Christen als Referent bei der Konferenz der Deutschen Evangelischen Allianz in Bad Blankenburg; ebenso waren auch Vertreter sehr wohl wahrgenommene und akzeptierte Teilnehmer an der Generalversammlung der Weltweiten Evangelischen Allianz in Kuala Lumpur in diesem Jahr.

*Hartmut Steeb  
Generalsekretär  
der Deutschen  
Evangelischen Allianz*

**Der EAK-Thüringen lädt ein zur:**

## Feier anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Thüringen

**Montag, 29. Oktober 2001  
in Schmalkalden**

**18.00 Uhr Andacht in der Stadtkirche  
19.00 Uhr Festlicher Abend im Rathaus**

Gäste sind herzlich willkommen.

Anfragen richten Sie bitte an die CDU-Landesgeschäftsstelle, Heinrich-Mann-Str. 22, 99096 Erfurt; Tel.: 03 61/34 49-0, Fax: 03 61/3 45 92 25.

### Aus unserer Arbeit

#### ■ „Aktive Sterbehilfe“

Der EAK im **Kreis Grafschaft Bentheim** veranstaltete vor kurzem eine Podiumsdiskussion mit dem Beauftragten für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Dr. Hermann Kues**, MdB, **Dr. Hermann Thole**, Anästhesist im Grafschafter Klinikum Nordhorn, Pastorin **Dr. Brigitte Schroven**, Krankenhausseelsorgerin im Grafschafter Klinikum, dem Nordhorner Rechtsanwalt **Peter Skutta** und **Frans Willeme**, Bürgermeister in der niederländischen Partnergemeinde Denekamp.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass aktive Sterbehilfe dem gezielten Töten gleichkomme und nach deutschem Recht auch strafbar sei. **Dr. Kues** bedauerte die neue gesetzliche Regelung in den Niederlanden, machte aber auch deutlich, dass in Deutschland ein Streit darüber nicht geführt werde, weil Politiker aller Parteien gegen aktive Sterbehilfe nach niederländischem Modell seien. Todkranken Patienten müsse ein Sterben in Würde ermöglicht werden, wobei ihnen nicht nur die Angst vor dem Sterben, sondern auch die Schmerzen genommen werden müssten.

Die Bitte, sterben zu wollen, sei oftmals ein Schrei der Einsamkeit nach Hilfe, so **Dr. Schroven**, und es müsse mehr Geld bereitgestellt werden für eine **angemessene Schmerztherapie** und Behandlungsplätze, wie **Dr. Thole** ausführte. Der Niederländer **Frans Willeme** gestand zu, dass aktive Sterbehilfe eine Kapitula-

tion vor Mängeln in der modernen Industriegesellschaft sei. Im Anschluss an die Diskussion wurde **Ewald Mülstegen**, als Vorsitzender des EAK der CDU, Kreisverband Grafschaft Bentheim und als Stellvertreter **Hermann Assink** wiedergewählt. Das Team wird durch **Karin Müller** verstärkt.

#### ■ Notfallseelsorge

**Siegen.** Auf der Kreisversammlung des **Evangelischen Arbeitskreises des CDU Siegen-Wittgenstein** referierte der Trupbacher **Pfarrer Olaf Latzel** zum Thema Notfallseelsorge. **Pfarrer Latzel** unterstrich als Fachberater Seelsorge der Feuerwehren der Stadt Siegen die Notwendigkeit der Wertschätzung der in diesem Bereich geleisteten Arbeit. Die Bemühungen und Aktivitäten der Kirchen in Siegen-Wittgenstein innerhalb der Notfallseelsorge stießen auf eine außerordentlich positive Resonanz seitens des EAK. Der Kreisvorsitzende des EAK **Rüdiger Heupel** benannte diesen Bereich als ein wichtiges Aufgabenfeld der Kirchen, das „der uneingeschränkten Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte“ bedürfe.

Die anschließenden Neuwahlen zum Kreisvorstand bestätigten **Rüdiger Heupel**, Siegen und seine beiden Stellvertreter **Dirk Gogarn**, Netphen und **Dr. Reinhold Schleifenbaum**, Siegen in ihren Ämtern. Schriftführer wurde **Dr. Hans-Henning Hobohm**, Siegen. Zu Beisitzern wurden gewählt: **Anne Bender**, Wilnsdorf, **Jürgen Henke**, Freudenberg, **Ulrich Irlé**, Freudenberg, **Elisabeth Pohl**, Erndtebrück, **Wolfgang Samol**, Wilnsdorf, **Armin Sauerland**, Siegen, **Dorothea Schleifenbaum**, Siegen, **Joachim Schneider**,

Wilnsdorf und **Hartmut Siegert**, Kreuztal. Der Landtagsabgeordnete **Volkmar Klein**, Burbach gehört als Mitglied des Landesvorstandes des EAK NRW dem Kreisvorstand als geborenes Mitglied an.

#### ■ Personalien

**Heidelberg.** Der EAK der CDU Heidelberg wählte Frau **Dr. Traute Neubauer** zur Vorsitzenden und **Heinz Reutlinger** als Stellvertreter. Frau **Dr. Borck-Giodano**, Frau **Töpfer** und die Herren **Engelmann**, **Herrmanns**, **Reimold**, **Schuhmann** und **Traub** ergänzen den Vorstand als Beisitzer. Als Pressesprecher wurde **Jochen Wilhelm** und die Schriftführerin **Hedi Weber** gewählt.

**Hof.** Herr **Werner Küspert** wurde vom Bezirksvorsitzenden des EAK der CSU des Bezirks Oberfranken, **Norbert Kotowski**, für 30 Jahre verdienstvolle Mitgliedschaft im Evangelischen Arbeitskreis der CSU geehrt.

#### ■ Familienkompetenz fördern

**Dagersheim.** Für eine Verbesserung der Familienkompetenzen plädierte **Wilhelm Faix**, Dozent für Sozialwissenschaften und Praktische Theologie am Theologischen Seminar in Adelshofen, während einer Veranstaltung des **Evangelischen Arbeitskreises (EAK)/Arbeitskreis Christ und Politik der CDU im Kreis Böblingen**. Viele junge Menschen seien den Herausforderungen, die die Gründung einer Familie mit sich bringt nicht mehr gewachsen und bräuchten daher Unterstützung, die **Faix** besonders von den christlichen Kirchen erwartet. Die Lösung könnte in einer Art El-

#### Bitte merken Sie sich den folgenden Termin vor:

Die **39. Bundestagung** des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU findet im 50. Jahr seines Bestehens in Würzburg vom 10.-11. Mai 2002 statt. Der Ministerpräsident Bayerns, **Herr Dr. Edmund Stoiber**, sowie die Parteivorsitzende der CDU Deutschlands, **Frau Dr. Angela Merkel**, haben ihr Kommen zugesagt.

ternschule liegen, die in Fragen der Erziehung und des Zusammenlebens informiere. Auch sollten hauswirtschaftliche Elemente verstärkt an Schulen gelehrt und in den Bildungsplänen verankert werden.

Die Grundlagen für die soziale Kompetenz der Kinder würden vor allem in der Familie gelegt, ein Kind brauche emotionale Sicherheit, Geborgenheit, Stabilität und Identifikationsmöglichkeiten. Die Familie bilde eine Art Keimzelle unserer Kultur. Deshalb erwartet **Faix** von Politik und Kirchen das Festhalten am **Leitbild der Familie und der Ehe**. Entsprechende finanzielle Ausstattung junger Familien und Möglichkeiten der Betreuung von Kindern berufstätiger Eltern seien wichtige Aufgaben der Politik. Gleichzeitig warnte **Faix** vor den pädagogischen Folgen des Phänomens „übertriebener Mehrfachbetreuung“. Kinder würden keine festen Beziehungen entwickeln, wenn sie von wechselnden Bezugspersonen erzogen werden. Kinder, die ein festes Vertrauensverhältnis zu Mutter und Vater aufgebaut haben, hätten es als Erwachsene leichter, geglückte Beziehungen aufzubauen.

**Meinungen und Informationen** aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Silke Adam, Dr. Bernhard Felmberg (V.i.S.d.P.), Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel. (030) 22070-432, Fax (030) 22070-436 · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 370 10050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach  
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion !

# Das Erntedankfest

Wirft man einen Blick in die Gottesdienstliteratur der 70er Jahre, so begegnen einem Einschätzungen, die Gott sei Dank nicht eingetroffen sind. Bei der Spekulation über die „Halbwertzeit“ der besonderen Gottesdienste im Laufe eines Kirchenjahres, schnitt das Erntedankfest sehr schlecht ab. Diesem Fest wurde die Zukunft abgesprochen – die Totenglocke laut angeschlagen. Die Autoren jener Zeit konnten sich nicht vorstellen, dass sich gerade in Ballungszentren die Empfindungen halten könnten, Gottesdienste zu feiern, die den Dank für das tägliche Brot zum Zentrum haben. Es ist ein Zeichen der lebendigen Gottesdienstkultur in unseren Kirchen, dass der Gottesdienst zum Erntedankfest heute zu den best besuchten Gottesdiensten im Kirchenjahr gehört.

Gerade Familien haben diesen Sonntag für sich entdeckt und ihre Gemeinden mit ihnen. Selten werden Gottesdienste so akribisch und intensiv vorbereitet wie dieser. Eine generationsübergreifende Vermittlung des Wertes der Dankbarkeit ist gefragt und die gottesdienstliche Begleitung eröffnet hierfür adäquate Sprachräume. Räume, die fast schon verloren schienen. In diesem Monat feiern wir als Christen wieder das Erntedankfest im Bewusstsein, dass erst mit dem Danken das Denken in unser Empfangen Einzug hält. Auch unser Danken muss wachsen bis es erntereif ist. Unsere Gottesdienste, zumal der an Erntedank, helfen uns hierbei. Und vielleicht ist an solch einem Tag auch einmal die Gelegenheit dafür zu danken, dass Gott gegen so manche homiletische Prophetie uns immer wieder Gottesdienste erleben lässt, die uns einen kurzen Blick auf sein Säen und Ernten ermöglichen.

*Felmberg*

## Unsere Autoren:

Oberkirchenrat i.R.  
Klaus Baschang  
Schlehenweg 3  
76149 Karlsruhe-Neureut

Staatsminister  
Dr. Günther Beckstein, MdL  
Odeonsplatz 3  
80539 München

Bischof  
Dr. Walter Klaiber  
Kirchenkanzlei  
Wilhelm-Leuschner-Str. 8  
60329 Frankfurt

Staatsminister  
Eberhard Sinner, MdL  
Schellingstraße 155  
80797 München

Sylvia Bonitz, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

sam erwogenen und dann beschlossenen politischen Agenda wäre richtig gewesen. Nicht umsonst enthält das Programm eigens eine Aufforderung zur „Überprüfung“ seiner politischen Ziele: „Die CDU wird Rechenschaft über die Verwirklichung des Programms geben und in Zwischenberichten Partei und Öffentlichkeit über die Ergebnisse informieren“. Was ist daraus geworden?